

They are doing their utmost

Wie man auf Basis der EU-Verordnung 1049/2001 Dokumente der EU-Kommission und anderer EU-Organen bekommt (und wie manchmal nicht)

Hans-Martin Tillack, WELT, #RecoveryFiles, #NR23, @hmtillack

I regret to have to inform you that we are not able to respond within the extended time-limit, as we have not yet finalised internal consultations. Please note that these consultations are necessary in order to explore feasible options on how to handle the voluminous scope of your request in light of the sensitivity of the documents requested and taking into account that they originate from a third party, which has to be consulted on the possible disclosure.

However, I can assure you that we are doing our utmost to provide you with a final reply as soon as possible.

I regret this additional delay and sincerely apologise for any inconvenience this may cause.

EU Verordnung 1049/2001

- Quasi das IFG der EU: Dies ist die Rechtsgrundlage für den Zugang zu Dokumenten des EU-Parlaments, des Rates und der Kommission. Sie wurde im Mai 2001 unter schwedischer Ratspräsidentschaft angenommen. Die Schweden wissen viel über Transparenz. Ihre ältesten Rechtsvorschriften über den Zugang zu Dokumenten stammen aus dem Jahr 1766.

31.5.2001

DE

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

L 145/43

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1049/2001 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
vom 30. Mai 2001
über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und
der Kommission**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 255 Absatz 2,

auf Vorschlag der Kommission (!),

- (6) Ein umfassenderer Zugang zu Dokumenten sollte in den Fällen gewährt werden, in denen die Organe, auch im Rahmen übertragener Befugnisse, als Gesetzgeber tätig sind, wobei gleichzeitig die Wirksamkeit ihrer Entscheidungsprozesse zu wahren ist. Derartige Dokumente sollten in größtmöglichem Umfang direkt zugänglich gemacht werden.

Aus dem Arbeitsprogramm der schwedischen Präsidentschaft im Jahr 2001 (die Bundesregierung soll nicht begeistert gewesen sein; in Deutschland gab es damals noch kein IFG auf Bundesebene)

Transparency

It is of fundamental importance to the Swedish Presidency that the vision of a more open Union is realised. More transparent working methods must be introduced and information must be more readily available so that citizens can obtain real insight into European cooperation. The Treaty of Amsterdam created a legal basis for rules on public access to documents in the European Parliament, the Council and the Commission. Sweden attaches great importance to ensuring that the relevant legal instrument that is to be adopted not later than May 2001 leads to improved access to documents kept at EU institutions. In connection with work on the legal instrument, Sweden intends to keep in close contact with the European Parliament which has shown considerable interest in the question of transparency. As a result of this legal instrument, special provisions on access to its documents will be formulated to be incorporated into the Council's code of procedure. Enhanced protection of freedom of speech for EU officials will be discussed within the framework of efforts to achieve greater transparency. Attention will also be drawn to the significance of clear and intelligible texts for an open and effective Union.

No transparency please, we are Germans

- Die Verordnung 1049/2001 ist besser als das deutsche Informationsfreiheitsgesetz (IFG):
- Keine Gebühren
- Verbindliche Frist von 15 plus 15 Arbeitstagen

Artikel 7

Behandlung von Erstanträgen

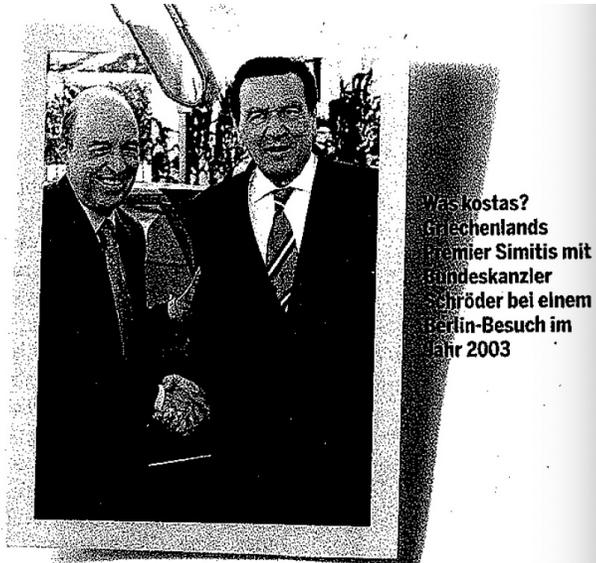
(1) Ein Antrag auf Zugang zu einem Dokument wird unverzüglich bearbeitet. Dem Antragsteller wird eine Empfangsbcheinigung zugesandt. Binnen fünfzehn Arbeitstagen nach Registrierung des Antrags gewährt das Organ entweder Zugang zu dem angeforderten Dokument und macht es innerhalb dieses Zeitraums gemäß Artikel 10 zugänglich oder informiert den Antragsteller schriftlich über die Gründe für die vollständige oder teilweise Ablehnung und über dessen Recht, gemäß Absatz 2 dieses Artikels einen Zweitantrag zu stellen.

(2) Im Fall einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung

(3) In Ausnahmefällen, beispielsweise bei dem Zugang zu einem sehr umfangreichen Dokument oder einer sehr großen Zahl von Dokumenten, kann das Organ die vorgesehene Frist um fünfzehn Arbeitstage verlängern, sofern der Antragsteller vorab informiert wird und eine ausführliche Begründung erhält.

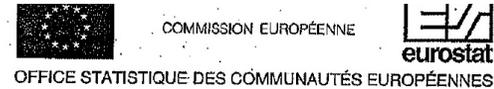
(4) Antwortet das Organ nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, so hat der Antragsteller das Recht, seinen Antrag einzureichen.

Ich war 1999 bis 2004 EU-Korrespondent in Brüssel für den "Stern" und habe die Verordnung 1049/2001 bald nach ihrem Inkrafttreten immer wieder benutzt. Im Jahr 2012 konnte ich so beweisen, dass Eurostat die Kommission seit 1999 gewarnt hatte, dass Griechenland mit den Zahlen seines Haushalts schummeln könnte (die EU-Kommission hat sich dafür aber nicht interessiert).



Deshalb müssen v

Akten aus dem Kanzleramt beweisen: Die EU-Kommission in Brüssel wollten offenb
GRIECHISCHEN EUROBEITRITTS nicht se



COMMISSION EUROPÉENNE
OFFICE STATISTIQUE DES COMMUNAUTÉS EUROPÉENNES

Le Directeur Général
Tel. (352) 4301-32022, Fax (352) 4301-32929

Référence à rappeler:

DG34/B-4/

400279

1 - JUIN 1999

EB /DB/RavasJune99f.doc

NOTE À L'ATTENTION DE MONSIEUR RAVASIO -- DIRECTEUR GENERAL DGII

La mission d'Eurostat en Grèce les 13 et 14 mai, dans le cadre de la procédure concernant les déficits excessifs, conduit aux conclusions suivantes :

1. DEKA

Il convient de classer DEKA dans le secteur des Administrations publiques et non dans le secteur des entreprises comme actuellement prévu dans les comptes nationaux de la Grèce.

En effet, les activités principales de DEKA : privatisation de certaines entreprises publiques et remboursement de la dette publique, sont exercées sur instruction de l'Etat, sans aucune autonomie de DEKA par rapport à son propriétaire.

Le compte de résultat de DEKA met en évidence que sur la période de septembre 1997 (correspondant à la création de DEKA) à décembre 1998 (16 mois), un montant de 218 milliards (0.6% du PIB en 1998) a été transféré par DEKA à d'autres entreprises. L'impact sur le déficit du reclassement de DEKA dans les Administrations publiques est à hauteur de ce montant de 218 milliards, réparti sur les années 1997 et 1998 compte tenu des versements effectués au cours de chacune de ces deux années.

2. Sécurité Sociale

Au stade actuel, des doutes persistent sur l'importance du surplus de la Sécurité Sociale, notifié par les autorités grecques.

Weil die EU-Ebene und die deutsche politische Ebene verwoben sind, helfen Recherchen via EU auch hier. Zum Beispiel im Diesel-Skandal: Da hatte das Verkehrskommission versäumt, die Kommission über deutsche Sanktionsregeln bei Schummeleien der Hersteller zu informieren (es gab offenbar keine)

Am 1. Oktober 2015, der Skandal um die Schummelsoftware bei VW tobte seit ein paar Tagen, verschickte die Europäische Kommission Briefe an alle Regierungen der EU-Mitgliedstaaten. Sie wollte wissen, welche Strafen im Falle manipulierter Software für die Autohersteller in den Ländern eigentlich fällig würden. Die Antwort aus Berlin, aus dem Haus von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU), fiel gewunden aus. In Deutschland gebe es allgemeine „verwaltungsrechtliche Reaktionsmöglichkeiten“, hieß es, auch „speziell für Abschaltvorrichtungen“.

Das ministerielle Schreiben blieb nicht zufällig so vage. Offenkundig hat Berlin über Jahre hinweg versäumt, Strafen gegen Schummelsoftware einzuführen – und so VW vor Bußgeldern bewahrt. Die Oppositionsparteien im Bundestag wollen das jetzt in einem Untersuchungsausschuss im Bundestag zur Sprache bringen. Er soll

am Donnerstag dieser Woche seine Arbeit aufnehmen. Die Abgeordneten hegen den Verdacht, dass die Autoindustrie in Deutschland beim VW-Skandal auf den besonderen Schutz der höchsten politischen Ebene zählen konnte. Der Grünen-Abgeordnete Oliver Krischer spricht von einem „Blankoscheck für Tricksereien und Betrügereien“.

Der Verdacht, dass die Bundesregierung Brüsseler Regeln missachtet hat, kam den Oppositionsabgeordneten gleich nach Bekanntwerden der Dieselfärfare im September 2015 (*stern* Nr. 42, „Der Ökobluff“). Jetzt belegen Recherchen des *stern*, dass die Bundesregierung in der Tat über sechs Jahre lang auf Anfragen der EU-Kommission einfach nicht reagierte. Die Deutschen stellten sich tot.

Dabei ist seit vielen Jahren klar: Schummelsoftware ist ausdrücklich verboten, in den USA wie bei uns. Der VW-Konzern hat die Gesetze missachtet und muss in den USA deswegen rund 15 Milliarden Dollar

Entschädigung und Strafen bezahlen. In Deutschland hingegen kommt VW viel billiger davon.

Auch nach einer EU-Verordnung, die seit neun Jahren unmittelbar geltendes Recht in Deutschland ist, sind die Abschaltvorrichtungen untersagt. Die Bundesrepublik sollte laut Verordnungstext für solche Manipulationen spezielle Strafen verhängen, die „wirksam, verhältnismäßig und abschreckend“ ausfallen. Spätestens bis Februar 2009 musste Berlin der EU-Kommission die Umsetzung der Richtlinie melden. Doch „nur Dänemark, Finnland und Irland“ hätten damals ihre Notifikationen eingereicht, heißt es in einem Papier der Brüsseler Behörde. Im Februar 2013 fragte die EU-Kommission noch einmal bei allen 28 Mitgliedstaaten nach. Nun antworteten immerhin 18. Eine Antwort aus Berlin aber findet sich nicht in den Archiven der Brüsseler Behörden – die deutschen Beamten schwiegen weiter. Erst nach der jüngsten Nachfrage im Oktober 2015 kam endlich auch Post aus Berlin – jener Brief mit dem wolkigen Verweis auf das allgemeine Verwaltungsrecht.

Der Anwalt Christopher Rother, der für die US-Kanzlei Hausfeld VW-Opfer vertritt, schaute selbst kürzlich nach im deutschen Gesetz – und fand keinerlei Vorschrift zu den geforderten „abschreckenden“ Strafen. „Nirgends steht das drin“, sagt Rother, „der Staat hat komplett versagt.“

Wären tatsächlich Bußgelder gesetzlich vorgesehen, käme Minister Dobrindt kaum umhin, sie jetzt gegen VW zu verhängen.

DIESELSKANDAL

BUSSGELD? ENTBEHRlich

VW muss trotz Softwarebetrugs in Deutschland keine Strafe zahlen.
Ein Untersuchungsausschuss nimmt sich Regierung und Autolobby vor

Und dann ist da der EU-Coronafonds, mit einem Gesamtumfang von über 700 Milliarden Euro der größte EU-Subventionstopf der Geschichte. Er wurde 2020 auf einem EU-Gipfel beschlossen. Ab 2020 (informell) und dann 2021 (formell) reichten die nationalen Regierungen ihre Vorschläge für ihre Abrufe aus dem Programm bei der EU-Kommission ein.

Die Entscheidungen über die nationalen Programme wurden dann zwischen den nationalen Regierungen und der EU-Kommission ausgehandelt, wobei der Rat abschließend darüber abstimmt. Das EU-Parlament hatte kein Mitspracherecht und die meisten nationalen Parlamente hatten es auch nicht, auch nicht der Bundestag.

Um herauszufinden, wie die Entscheidungen getroffen wurden, musste man also Dokumente von den nationalen Regierungen und der EU-Kommission anfordern.

Ab Sommer 2021 gründete sich das Rechercheprojekt #RecoveryFiles (auf Englisch heißt der Aufbaufonds Recovery and Resilience Fund. Angestoßen hatte es „Follow the Money“ in den Niederlanden; ein Kollege dort kannte mich von gemeinsamen Dokumentenrecherchen im Diesel-Skandal und fragte mich. Danach kamen weitere Kolleginnen und Kollegen aus fast allen EU-Staaten dazu, von „Iltalehti“ in Finnland bis zu „Le Monde“ in Frankreich.



Bei der Kommission beantragte ich am 14. Juli 2021 die Unterlagen zur Bewertung des deutschen Plans in Höhe von um die 25 Milliarden Euro (ich reichte auch Anträge an das deutsche Finanz- und das Wirtschaftsministerium ein)

Request

 **Tillack, Hans-Martin** <hmt@hmtillack.de> Mittwoch, 14. Juli 2021 um 13:53
An:  "Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu"

→ Sie haben diese Nachricht am "15.10.21, 17:38" weitergeleitet. Weiterleitung anzeigen

Dear Madam or Sir,

Based on Regulation 1049/2001 and Regulation 1367/2006 I would like to ask for access to the following information which might at least partly concern also "activities affecting or likely to affect" the "state of the elements of the environment" according to Regulation 1367/2006. This includes:

All documents held by the Commission on the evaluation of the German recovery and resilience plan as part of the European Recovery and Resilience Facility (RRF), until the decision of the Commission on 22 June 2021 to endorse the plan.

Should you encounter any difficulties in interpreting or processing my request, I am ready to discuss ways to clarify or amend it to keep the effort required on your part to the necessary minimum.

Please send me an acknowledgement of receipt for this request, as foreseen by Article 7 (1) of Regulation 1049/2001. Thank you for your help.

Man spricht deutsch...

- Selbstverständlich können Anträge in jeder der 24 Amtssprachen der EU eingereicht werden, auch auf Deutsch.
- Aber wenn man Anträge auf Englisch - in der wichtigsten Arbeitssprache - einreicht, muss die Kommission ihn nicht erst übersetzen.
- Ich habe in der Vergangenheit manchmal im Verfahren die Sprache gewechselt, zum Beispiel von Englisch auf Deutsch. Auch das ist möglich.

Ich benutze immer diese Mailadresse:

Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu

Die Kommission will gerne, dass man ein Webformular auf ihrer Webseite benutzt:

Legal notice Contact Search English (en) ▼



REGISTER OF COMMISSION DOCUMENTS

European Commission > Transparency > Access to documents > Register of Commission documents > Document request

[Document search](#)

[Privacy statement](#)

Document request

- Please note that some documents of the Commission may be covered, in whole or in part, by the exceptions to public access defined in Regulation 1049/2001. In some cases, a general presumption of non-accessibility has been recognised by the EU Courts and may be used by the Commission to refuse access, in particular for documents forming part of the following procedures: pending infringements, State aids, merger and cartel investigations and pending court cases, bids submitted by tenderers, exchanges with national competition authorities and OLAF investigations.
- All your data is handled in conformity with the provisions and requirements of the data protection Regulation (EU) 2018/1725.
- We reserve the right to refuse to deal with your request in case of incomplete or incorrect data in the above electronic form.

* Mandatory information

Originator of the request

*First name:

*Surname:

*Email:

*Address:

*Postal code: *City:

*Country:

Die Kommission verlangt sogar, dass man für jedes Dokument ein eigenes Formular ausfüllt. Das ist aber eher eine Art Schikane....

Requested document:

Please use a separate form for each document you require.

Responsible Directorate-General or service:

Language requested:

Language (EN or FR) if the language requested is not available):

* Mandatory information

View before sending

Clear form

Hier kommen wir schon zu dem Problem. Die Verordnung 1049/2001 ist im Prinzip relativ großzügig. Also versuchen die EU-Organe manchmal (oder oft) Antragstellern das Leben schwerzumachen. Zum Beispiel, indem sie behaupten, der Antrag sei zu vage (deutsche Behörden nutzen diesen Trick auch)

Betreff: Your application for access to documents - GESTDEM 2021/4558 - clarification request - Ares(2021)4962702

Datum: Mittwoch, 4. August 2021 um 16:03:01 Mitteleuropäische Sommerzeit

Von: SG RECOVER ATD

An: Tillack, Hans-Martin

Dear Sir,

We refer to your e-mail of 14 July 2021 in which you make a request for access to documents, registered on 14 July 2021 under the above mentioned reference number.

The description given in your application would need to be further specified to enable us to identify concrete documents, which would correspond to your request.

We therefore invite you, in accordance with Article 6(2) of Regulation (EC) No 1049/2001 regarding public access to documents, to provide us with more detailed information on the documents you request, such as references, dates or periods during which the documents would have been drawn up, persons or bodies who drafted the documents.

If you need assistance in clarifying or specifying your application, you can contact us by email to SG-RECOVER-ATD@ec.europa.eu.

In solch einem Fall kann man zum Beispiel um eine Liste aller einschlägigen Dokumente bitten. Laut Verordnung 1049/2001 müsste die EU-Kommission – wie andere EU-Organe – eigentlich ein öffentliches Register aller vorhandenen Dokumente vorhalten. Das gibt es aber nicht...

Betreff: Re: Proposal for a fair solution - request for access to documents - GESTDEM 2021/4558 - Ares(2021)5032850

Datum: Dienstag, 10. August 2021 um 09:16:52 Mitteleuropäische Sommerzeit

Von: Tillack, Hans-Martin

An: SG RECOVER ATD

Dear SG RECOVER ACCESS TO DOCUMENTS TEAM,

Thank you for your letter. Let me first express my surprise that you worry about time limits although you do seem to have decided unilaterally not to use the time that you had already since you received my request on 14 July. You mention two steps that you have to complete of which I would have expected that you had taken them already immediately after you received my request:

"- identification of the documents falling under your request: 2 working days;
– retrieval and establishment of a complete list of the documents identified: 2 working days;"

Therefore I struggle to understand why it is supposed to be my task to make up for your decision not to process my request immediately, as you would have been obliged by the law.

But in a spirit of cooperation I propose that you send me said "complete list of the documents identified" immediately after you have finally established it. I take it from your mail that this should be done by Monday next week at the latest. Then I can tell you very quickly which documents I wish to obtain and which not. I would also like to note that already article 6 (2) of Regulation 1049/2001 asks the institution concerned to assist the applicant "for example, by providing information on the use of the public registers of documents". As we all know the Commission has never created anything like a comprehensive public register of documents. Therefore I should be grateful to you for providing me at least the list of documents that fall within in the scope of my request, until Monday.

Die Verordnung 1049/2001 hatte die EU-Organe bereits im Jahr 2001 verpflichtet, bis Juni 2002 ein Register aller ihrer Dokumente zu erstellen. Doch das wurde nie wirklich gemacht. Es gibt zwar ein Register, aber darin fehlen viele, vielleicht sogar die meisten internen Dokumente.

Artikel 11

Register

(1) Im Hinblick auf die wirksame Ausübung der Rechte aus dieser Verordnung durch die Bürger macht jedes Organ ein Dokumentenregister öffentlich zugänglich. Der Zugang zum Register sollte in elektronischer Form gewährt werden. Hinweise auf Dokumente werden unverzüglich in das Register aufgenommen.

(2) Das Register enthält für jedes Dokument eine Bezugsnummer (gegebenenfalls einschließlich der interinstitutionellen Bezugsnummer), den Gegenstand und/oder eine kurze Beschreibung des Inhalts des Dokuments sowie das Datum des Eingangs oder der Erstellung und der Aufnahme in das Register. Die Hinweise sind so abzufassen, dass der Schutz der in Artikel 4 aufgeführten Interessen nicht beeinträchtigt wird.

(3) Die Organe ergreifen unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung eines Registers, das spätestens zum 3. Juni 2002 funktionsfähig ist.

Weil die EU-Kommission auf meine Bitte um eine Liste hinhaltend bis passiv-aggressiv reagierte, habe ich mich bei der EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly beschwert. Das ist normalerweise erst später im Verfahren möglich, hat hier aber geholfen. Die Ombudsfrau wies meine Beschwerde zurück, schrieb aber an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen



Dies war ihr Brief an Ursula von der Leyen. Emily O'Reilly betonte, dass die Dokumente über die den Aufbaufonds von "erheblichem öffentlichen Interesse" seien.



European Ombudsman

Emily O'Reilly
European Ombudsman

Ms Ursula von der Leyen
President
European Commission

SG-MEDIATEUR@ec.europa.eu

Strasbourg, 23/08/2021

Dear President,

On 4 August 2021, Mr Hans-Martin Tillack submitted a
Office concerning how the Commission is handling his request

The complainant is seeking access to material that is of significant public interest, relating to unprecedented measures the EU is taking in the context of a global crisis. While the Commission has already made extensive material about the RRF proactively available², it arguably should have anticipated that it would receive public access requests such as the request

submitted in this case. I have already signalled the need for the Commission, in the context of the measures it has been taking during the COVID-19 crisis, to ensure transparency requirements form part of negotiations, given the important public interests at stake.³ A similar approach should arguably have informed the Commission's negotiations with Member State authorities on their recovery and resilience plans.

To facilitate the handling of future similar requests, the Commission could consider providing more information on the relevant documents it holds, for example, by recording them in its register of documents. This would help identify documents subject to future public access requests and speed up their handling. I note that, in this case, it took the Commission three weeks to contact the complainant to obtain further information.

Please find enclosed copies of the complaint (two documents) and my decision on it.

Yours sincerely,

Emily O'Reilly

Es dauerte fast zwei Monate, bis die Kommissionspräsidentin am 15. Oktober 2021 antwortete. Aber sie antwortete. Danach ging es bei der Bearbeitung meiner Anträge etwas besser voran.



EUROPEAN COMMISSION

Ursula von der Leyen
The President

Brussels, 15. 10. 2021
Ares (2021) 5378760

Dear Ombudsman,

I am writing in reply to your letter of 23 August 2021 regarding Case 1410/2021/MIG - How the European Commission dealt with a request for public access to documents concerning Germany's recovery and resilience plan under the Recovery and Resilience Facility (RRF)¹.

I welcome your assessment that the complaint made by the requestor is premature and that the Commission has been dealing with the request in a reasonable manner.

You can rest assured of our commitment to ensuring the transparency of the Recovery and Resilience Facility as we share your assessment that full ownership by EU citizens is a prerequisite to ensure its success.

Yours faithfully,

Ursula von der Leyen

Ich bekam die erbetene Liste und mehrere Stapel von Dokumenten, darunter das Protokoll einer Videokonferenz mit deutschen Beamten vom Juni 2021, in dem sie darauf bestanden, dass "kein einziges Komma" im endgültigen deutschen Plan geändert werden kann

DE RRP - Minutes of videoconference of 3 June 2021

Attendees: DE Ministry of Finance: [REDACTED]
Chancellery); Commission: [REDACTED]
[REDACTED]

Agenda: points raised by the Commission in the e-mail of 2 June

Discussion:

- COM set the context by referring to ongoing Cabinet-level discussions and horizontal consistency checks of the draft CIDs to ensure joint political ownership of the College. The aspect of reform orientation of the plans and addressing CSRs was highlighted as a key point in these discussions. Responding to a question from DE on the timeline of next steps, COM indicated that, according to current planning, College adoption of the first proposals for CID would start from mid-June on an almost daily schedule, with a pair of countries each day. In order to keep to this ambitious schedule, COM deemed it important to agree on the open issues today.
- DE recalled that the RRP had been adopted by the DE government and that there was therefore no room for changes (“not a single comma can be changed in the plan”), certainly not on substance or for adding further milestones. DE also pointed out that

Ich bekam auch eine Nachricht über ein "virtuelles Bier“, für das sich Beamte in Brüssel und Berlin online getroffen hatten...

 Ref. Ares(2021)3020874 - 06/05/2021

To: [redacted]@BMF.BUND.DE
Cc: [redacted]@bmf.bund.de; [redacted]@bmf.bund.de;
[redacted]@bmf.bund.de; [redacted]@bmf.bund.de;
[redacted]@bmf.bund.de; [redacted] (ECFIN); [redacted] (ECFIN); [redacted] (ECFIN);
[redacted] (ECFIN); [redacted] (ECFIN); [redacted] (ECFIN); [redacted] (ECFIN);
[redacted] (ECFIN); [redacted] (ECFIN); [redacted] (SG-RECOVER);
[redacted] (COMM-BERLIN); [redacted] (SG-RECOVER);
[redacted] (SG-RECOVER); [redacted] (SG-RECOVER-BERLIN);
[redacted] (SG-RECOVER); [redacted] (SG-RECOVER); [redacted] (SG-RECOVER);
Subject: DE RRP - Excel corrections
Attachments: GRRP tables - unmerged cells.xlsx

Dear [redacted],

Thank you very much for having organised the virtual beer yesterday. It was good to see you, [redacted] and your teams in a laid-back setting. Your human touch and the work on the RRP is much appreciated.

As you know, the assessment is ongoing, and it will be necessary to contact you in the coming days/weeks with some requests.

Ich habe diese Dokumente für einen Artikel verwendet, den ich Anfang November 2021 als Teil der ersten Welle unserer #RecoveryFiles-Artikel veröffentlicht habe

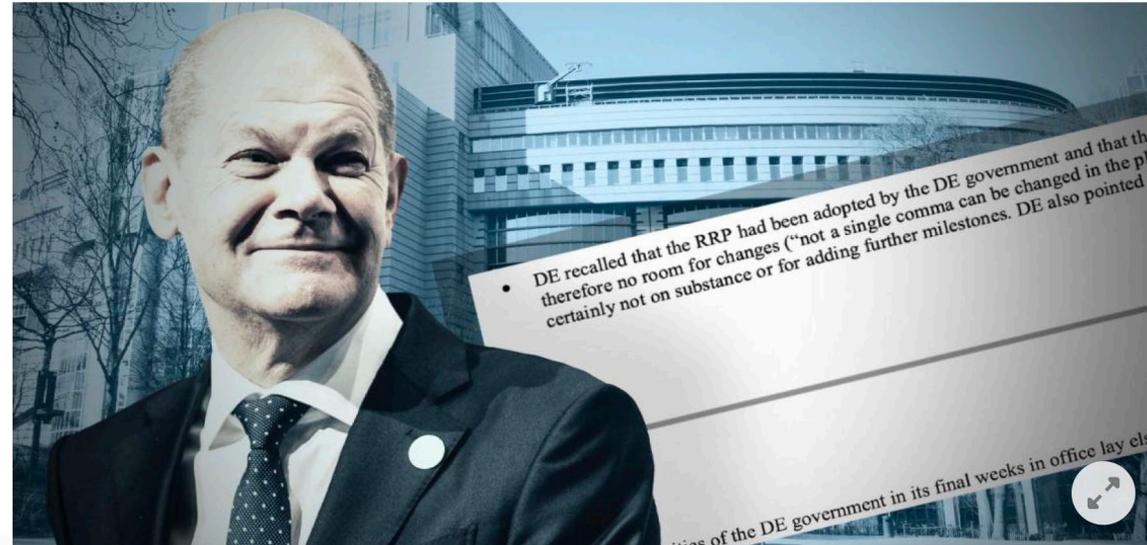
welt+ EU-SUBVENTIONEN

Wie in Hinterzimmern über die Milliarden aus Brüssel entschieden wird

Stand: 08:17 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Hans-Martin Tillack**
Chefreporter Investigation



Dann wurde mir klar, dass die Kommission mich ein bisschen ausgetrickst hatte. Sie hatte nur Dokumente aus der Zeit der offiziellen Einreichung des deutschen Plans ab April 2021 geschickt. Aber es gab bereits seit Ende 2020 Diskussionen über einen deutschen Entwurf. Also schrieb ich ihnen erneut...

Betreff: FW: Request / GESTDEM 2021/4558

Datum: Freitag, 15. Oktober 2021 um 17:38:15 Mitteleuropäische Sommerzeit

Von: Tillack, Hans-Martin

An: "Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu"

CC: SG RECOVER ATD

Dear Madam or Sir,

on 14 July 2021 I had - based on Regulation 1049/2001 and Regulation 1367/2006 – asked for all documents held by the Commission on the evaluation of the German recovery and resilience plan as part of the European Recovery and Resilience Facility (RRF), until the decision of the Commission on 22 June 2021 to endorse the plan.

Since then you have processed this request as case GESTDEM 2021/4558. In September 2021 you had sent me a list of all the documents that in your view fall within the scope of my request. Only now I realised that a misunderstanding might have occurred. You defined the scope as beginning with the “official submission” of the German plan on 28 April 2021. According to their own words in public however the German government had submitted their first draft to you already in December 2020, followed by an “intensive process of consultation”.

I would respectfully suggest that all documents since the submission of this draft in December 2020 also fall under the scope of my initial request. If you disagree I herewith submit to you an official additional request based on Regulation 1049/2001 and Regulation 1367/2006, for all documents held by the Commission on the evaluation of the draft German recovery and resilience plan as part of the European Recovery and Resilience Facility (RRF), since December 2020 until the “official submission” of the German plan on 28 April 2021.

Hier bekam ich eine fast komplette Ablehnung. Die Kommission zitierte ein Veto der Bundesregierung (zuständig war das Finanzministerium unter dem damaligen Minister, ein gewisser Olaf Scholz)

 Ref. Ares(2021)7416327 - 01/12/2021



EUROPEAN COMMISSION
SECRETARIAT-GENERAL

Recovery & Resilience Task Force

Brussels
SG.RECOVER.B.3/JS

Subject: Your application for access to documents – GESTDEM 2021/6192

The German authorities have objected to the disclosure of the documents in table 1 and have motivated their position by explaining that disclosure would undermine the protection of the public interest as regards international relations, by seriously impairing the further decision-making process for the coordination of the operational arrangement between Germany and the Commission as well as subsequent processes in the context of the implementation of the German Recovery and Resilience Plan.

Wenn öffentliche Einrichtungen den Zugang zu Dokumenten verweigern, kann man sie auch öffentlich dafür anprangern..



TODAY 6:00 · ⌚ 11 MIN

Brussels conceals records on recovery billic
transparency pledge



PETER TEFFER



HANS-MARTIN



**En dépit de son engagement pour la
transparence, Bruxelles refuse de dévo
des documents sur le plan de relance
européen**

Aber bei den EU-Institutionen kann man sich auch formell beschweren, und zwar nach einem Verfahren, das in der Verordnung 1049/2001 festgelegt ist. Wenn das Organ den Zugang teilweise oder vollständig verweigert, kann man einen Zweitantrag stellen

Betreff: Confirmatory Application

Datum: Montag, 6. Dezember 2021 um 15:39:18 Mitteleuropäische Normalzeit

Von: Tillack, Hans-Martin

An: "Sg-Acc-Doc@ec.europa.eu"

Dear Madam or Sir,

on 15 October 2021 I had submitted a request based on Regulation 1049/2001 and Regulation 1367/2006, for all documents held by the Commission on the evaluation of the draft German recovery and resilience plan (RRP) as part of the European Recovery and Resilience Facility (RRF), since December 2020 until the official submission of the German plan on 28 April 2021. This request was registered by you under GESTDEM 2021/6192.

On 1 December 2021 and therefore one and a half months later you have denied me access to all documents that fall under the scope of my application. Herewith I submit a confirmatory application for access to these documents, including to documents that you might have failed to have mentioned in your letter of 1 December.

First of all I was surprised to notice when going through table 1 and table 2 of your letter which listed documents falling under the scope of my request that you name 247 documents that are part of an exchange with the German government but only two documents that were created internally in the Commission and were not part of this exchange. I would like to ask you to verify whether there are really no further internal Commission documents that fall under the scope of my request.

Regarding the 247 documents listed in table 1 you argue that „the German authorities have objected to the disclosure of the documents in table 1 and have motivated their position by explaining that disclosure would undermine the protection of the public interest as regards international relations, by seriously impairing the further decision-making process for the coordination of the operational arrangement between Germany and the Commission as well as subsequent processes in the context of the implementation of the German Recovery and Resilience Plan“.

Die Verordnung 1049/2002 sagt, dass Zweitansträge innerhalb von 15 Arbeitstagen bearbeitet werden müssen. Nur in "Ausnahmefällen" und unter der Voraussetzung, dass eine "ausführliche Begründung" gegeben wird, können EU-Organe um weitere 15 Tage verlängern

Artikel 8

Behandlung von Zweitansträgen

- (1) Ein Zweitanspruch ist unverzüglich zu bearbeiten. Binnen fünfzehn Arbeitstagen nach Registrierung eines solchen Antrags gewährt das Organ entweder Zugang zu dem angeforderten Dokument und macht es innerhalb dieses Zeitraums gemäß Artikel 10 zugänglich oder teilt schriftlich die Gründe für die vollständige oder teilweise Ablehnung mit. Verweigert das Organ den Zugang vollständig oder teilweise, so unterrichtet es den Antragsteller über mögliche Rechtsbehelfe, das heißt, Erhebung einer Klage gegen das Organ und/oder Einlegen einer Beschwerde beim Bürgerbeauftragten nach Maßgabe der Artikel 230 bzw. 195 des EG-Vertrags.
- (2) In Ausnahmefällen, beispielsweise bei einem Antrag auf Zugang zu einem sehr umfangreichen Dokument oder zu einer sehr großen Zahl von Dokumenten, kann die in Absatz 1 vorgesehene Frist um fünfzehn Arbeitstage verlängert werden, sofern der Antragsteller vorab informiert wird und eine ausführliche Begründung erhält.
- (3) Antwortet das Organ nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, gilt dies als abschlägiger Bescheid und berechtigt den Antragsteller, nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des EG-Vertrags Klage gegen das Organ zu erheben und/oder Beschwerde beim Bürgerbeauftragten einzulegen.

Diese Paragraphen sind seit 2001 verbindliches Recht. Leider sind sie in der EU-Kommission und sogar im EU-Parlament weitgehend unbekannt. Sehr oft verlängern die Institutionen einfach um 15 Tage, ohne eine "ausführliche Begründung" zu geben.

Betreff: A (2017) 2322 - deadline extension

Datum: Dienstag, 14. März 2017 17:00:46 Mitteleuropäische Normalzeit

Von: AccesDocs

An: Tillack, Hans-Martin

Dear Mr Tillack,

The European Parliament's initial time limit for responding to the above referenced request expires today.

However, due to ongoing internal consultations, the deadline for responding to your request is hereby extended by a further 15 working days in accordance with Article 7(3) of Regulation (EC) n° 1049/2001. The new deadline for responding is 4 April 2017.

Kind regards,



TRANSPARENCY UNIT

European Parliament

Directorate General for the Presidency
Directorate for Inter-Institutional Affairs
and Legislative Coordination

[Public Register webpage](#)

AccesDocs@ep.europa.eu

In Fall meines Zweitantrags zum Corona-Fonds brauchte die Kommission weitere 15 Arbeitstage, bis sie mir mitteilte, dass sie nicht in der Lage sei, innerhalb der verlängerten Frist zu antworten, „da wir die internen Konsultationen noch nicht abgeschlossen haben“

Betreff: Your confirmatory application for access to documents under Regulation (EC) No 1049/2001 - GESTDEM 2021/6192 - 2nd holding letter - Ares(2022)664266
Datum: Freitag, 28. Januar 2022 um 12:25:08 Mitteleuropäische Normalzeit
Von: SG ACCES DOCUMENTS
An: hmt@hmtillack.de
Anlagen: image001.gif

[Your confirmatory application for access to documents under Regulation \(EC\) No 1049/2001 - GESTDEM 2021/6192 - 2nd holding letter - Ares\(2022\)664266](#) (Please use this link only if you are an Ares user – Svp, utilisez ce lien exclusivement si vous êtes un(e) utilisateur d'Ares)

Dear Mr Tillack,

I refer to your email of 6 December 2021, registered on 8 December 2021, by which you submit a confirmatory application in accordance with Article 7(2) of Regulation (EC) No 1049/2001 regarding public access to European Parliament, Council and Commission documents ("Regulation (EC) No 1049/2001"), registered under reference number above.

I also refer to our holding reply of 7 January 2022, by which the time limit for replying to your confirmatory application was extended by 15 working days, pursuant to Article 8(2) of Regulation 1049/2001. This extended time limit expires on 28 January 2022.

I regret to have to inform you that we are not able to respond within the extended time-limit, as we have not yet finalised internal consultations. Please note that these consultations are necessary in order to explore feasible options on how to handle the voluminous scope of your request in light of the sensitivity of the documents requested and taking into account that they originate from a third party, which has to be consulted on the possible disclosure.

However, I can assure you that **we are doing our utmost** to provide you with a final reply as soon as possible.

Weil das ein Verstoß gegen die Verordnung war, beschwerte ich mich bei der EU-Ombudsfrau. Sie akzeptierte meine Beschwerde recht schnell und schickte am 2. Februar ein Schreiben an die Kommission, in dem er sie an ihre rechtlichen Verpflichtungen erinnerte

To: SG MEDIATEUR (EC)
Subject: Complaint 187/2022/AMF
Attachments: COMPLAINT_202200187_20220121_094848.pdf

The European Commission's failure to reply to two confirmatory requests for access to documents concerning Germany's recovery and resilience plan under the Recovery and Resilience Facility (RRF) (Your references: GESTDEM 2021/4458 and GESTDEM 2021/6192)

Dear Mr [REDACTED],

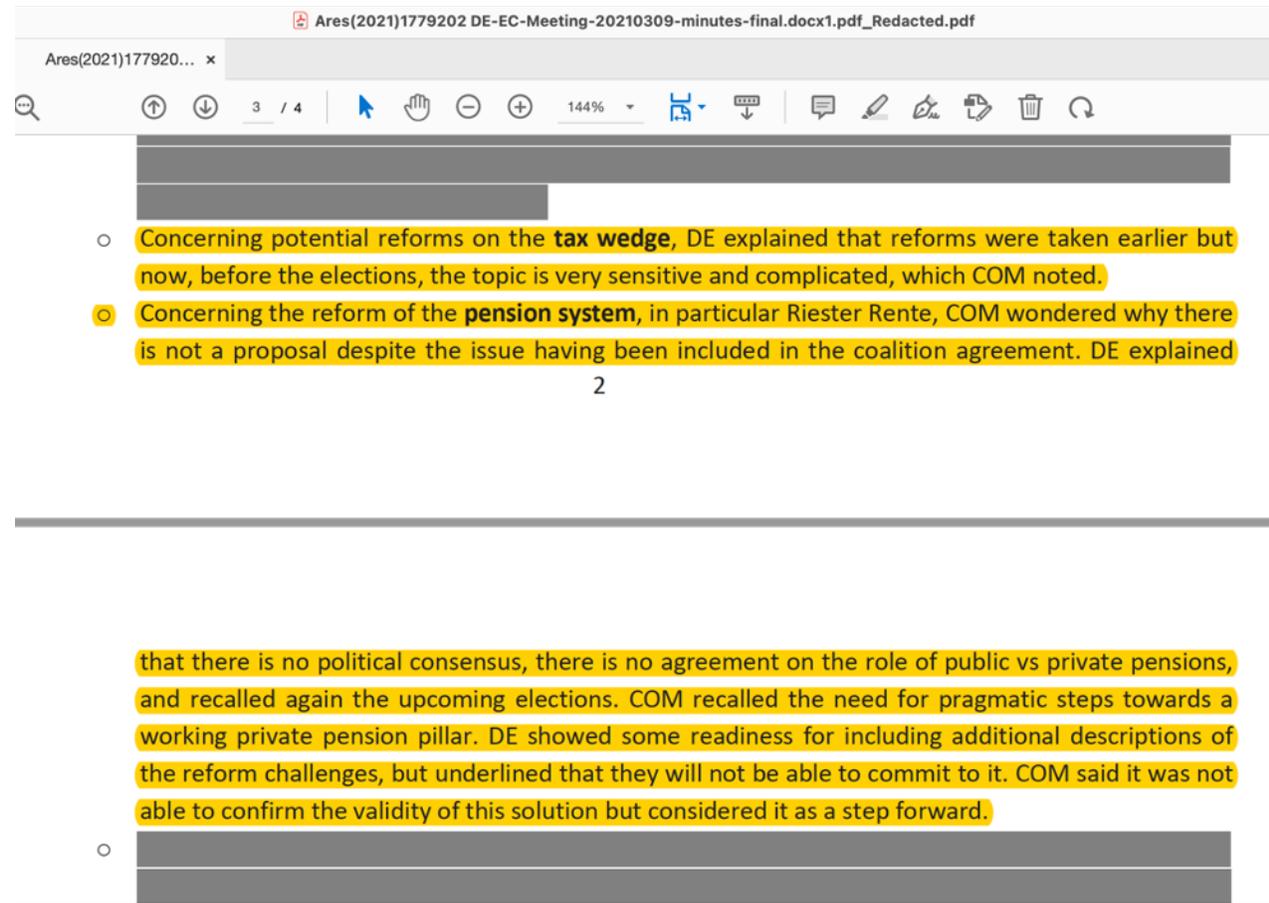
The Ombudsman has received a complaint from Mr Hans-Martin Tillack against the European Commission. The Ombudsman has asked me to deal with the case on her behalf.

The complaint is a follow-up to case 1410/2021/MIG^[1] and concerns the Commission's failure to reply within the deadlines established by Regulation 1049/2001 to the complainant's confirmatory applications for access to documents registered under GESTDEM 2021/4458 and GESTDEM 2021/6192. The extended deadline to reply to the confirmatory application under GESTDEM 2021/4458 expired on 18 January 2022 and the extended deadline to reply to the confirmatory application in GESTDEM 2021/6192 expired on 28 January 2022. |

We are aware that the Commission is conducting consultations on these requests due to their scope, to the sensitivity of the documents requested and to the fact that the documents originate from a third party.

That said, the time limit for handling confirmatory requests is clearly set out in the public access rules.^[2] In addition, while the time limit can be extended, this is possible only once.^[3] The Commission should thus have replied to the complainant by now.

Das half. Nach einigen Monaten Wartezeit bekam ich eine Reihe weiterer Dokumente. Eins war ein Protokoll eines Treffens im März 2021, bei dem die Kommissionsvertreter mehr Reformen zum Beispiel beim Ehegattensplitting gefordert hatten - und die Deutschen antworteten, dass dies wegen der kommenden Bundestagswahl nicht möglich sei



Ares(2021)1779202 DE-EC-Meeting-20210309-minutes-final.docx1.pdf_Redacted.pdf

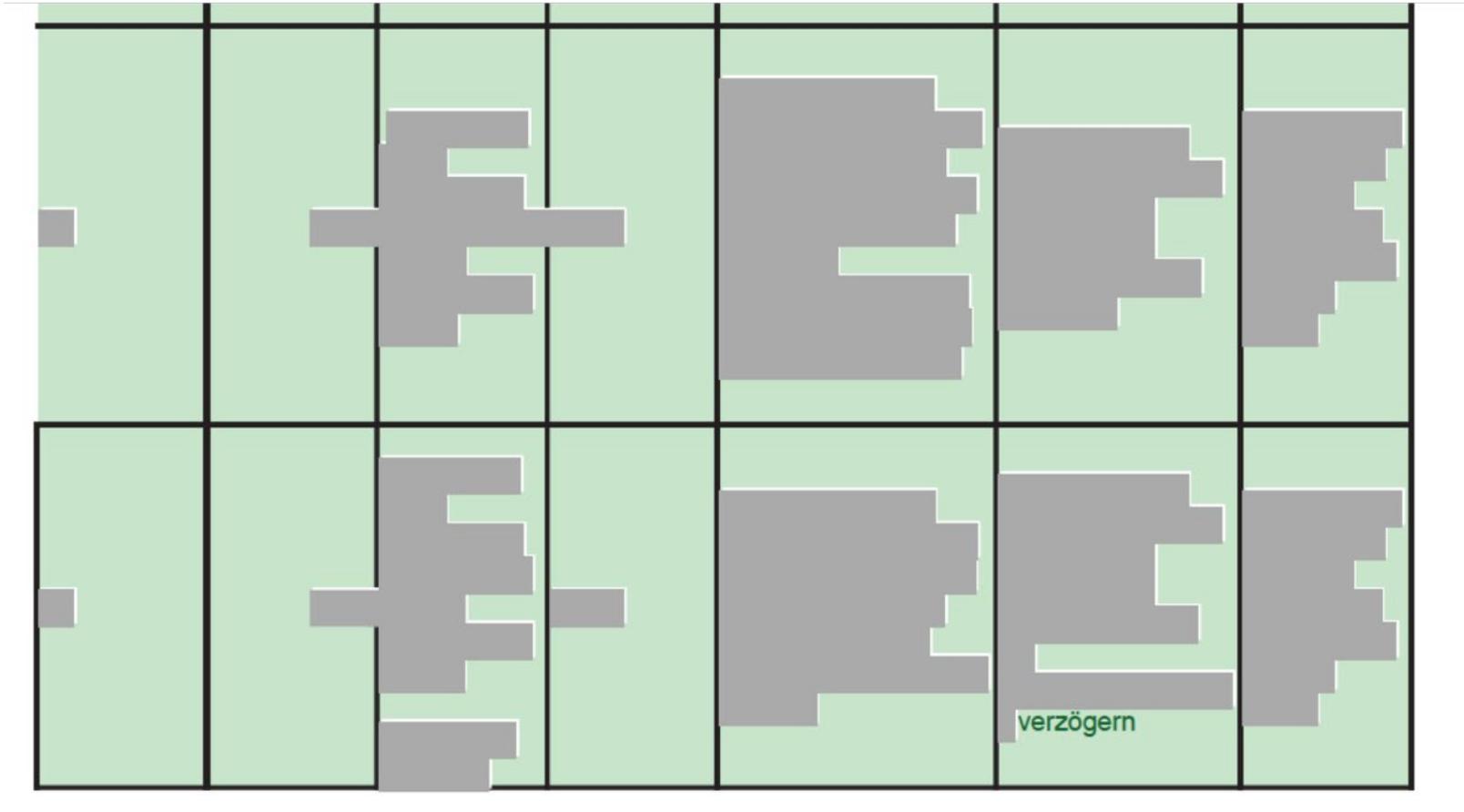
Ares(2021)177920... x

3 / 4 | 144%

- Concerning potential reforms on the **tax wedge**, DE explained that reforms were taken earlier but now, before the elections, the topic is very sensitive and complicated, which COM noted.
- Concerning the reform of the **pension system**, in particular Riester Rente, COM wondered why there is not a proposal despite the issue having been included in the coalition agreement. DE explained that there is no political consensus, there is no agreement on the role of public vs private pensions, and recalled again the upcoming elections. COM recalled the need for pragmatic steps towards a working private pension pillar. DE showed some readiness for including additional descriptions of the reform challenges, but underlined that they will not be able to commit to it. COM said it was not able to confirm the validity of this solution but considered it as a step forward.

2

Viele der 63 zusätzlichen Dokumente waren aber größtenteils geschwärzt, auf teils willkürliche Weise. Manchmal blieb einfach ein Wort stehen... „verzögern“.



Also habe ich mich noch einmal bei der Ombudsfrau beschwert. Ihr Team kann auch selbst Einsicht in die verweigerten und geschwärzten Dokumente nehmen, was sie hier taten – und darauf der Kommission empfohlen, mir weitere Dokumente zugänglich zu machen

Betreff: RE: Beschwerde 137/2023/SF
Datum: Montag, 3. April 2023 um 15:53:39 Mitteleuropäische Sommerzeit
Von: [REDACTED]
An: Tillack, Hans-Martin
CC: [REDACTED]
Anlagen: image001.png, image006.png

Dear Mr Tillack,

As we just discussed over the phone, we are considering making a solution proposal to the Commission in this case, namely that it should re-consider its decision on your request, with a view to providing wider public access. I understand that this solution proposal would be acceptable for you.

The Commission would have around three months to provide us with a reply.

Once we receive the Commission's reply, we will share a copy of it with you, together with either a copy or details of the solution proposal (depending on any confidentiality issues). You will then have the opportunity to make comments.

Please feel free to get in touch should you have any questions.

Vielen Dank!

